



8/SN-84/ME 1 von 5

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.484/1-V/6/87

An das
Präsidium des
Nationalrates

1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z	84-GE 087
Datum:	13. JAN. 1988
Verteilt	15. Jan. 1988 <i>Yage</i>

H. Hohaus

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

Betrifft: Wehrdienst-Ehrenzeichengesetz;
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

Der Verfassungsdienst übermittelt 25 Ausfertigungen seiner Äußerung zu dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung versendeten Entwurf eines Wehrdienst-Ehrenzeichengesetzes.

5. Jänner 1988
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.484/1-V/6/87

An das
Bundesministerium für
Landesverteidigung

1010 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

10048/20-1.14/87
vom 25. November 1987

Betrifft: Wehrdienst-Ehrenzeichengesetz;
Begutachtungsverfahren

Der Verfassungsdienst nimmt zu dem Entwurf eines
Wehrdienst-Ehrenzeichengesetzes wie folgt Stellung:

Zu § 1:

Ob es zweckmäßig ist, bei sämtlichen Wehrdienst-Ehrenzeichen ausdrücklich "treue Dienste" als Voraussetzung zu verlangen, ist eine rechtspolitische Frage, die vornehmlich vom do. Ressort zu beurteilen ist.

Die Formulierung "nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen" im § 1 Abs. 2 ist überflüssig und sollte entfallen.

Zu § 2:

Die zahlreichen detaillierten Hinweise auf das Wehrgesetz - nicht nur in dieser Bestimmung - bringen nicht zu unterschätzende legistische Nachteile mit sich: Wird das Wehrgesetz diesbezüglich novelliert, so müßte auch das Wehrdienst-Ehrenzeichengesetz lediglich wegen der Hinweise novelliert werden.

- 2 -

Zu § 3:

Die in § 3 Abs. 2 in Aussicht genommene Fiktion, daß eine Dauer "von zwölf Tagen als ein Jahr" gilt, weicht in krasser Weise vom Alltagsverständnis ab. Es sollte eher davon gesprochen werden, daß durch eine Präsenzdienstleistung im Ausmaß von zwölf Tagen die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.

Zu § 4:

Es wäre in den Erläuterungen darzulegen, warum die Ausschlußgrenze gemäß § 4 Z 2 gerade beim Ausgangsverbot für höchstens sieben Tagen festgelegt wird.

Zu § 5:

Gemäß § 5 Abs. 1 besteht das Wehrdienst-Ehrenzeichen aus einem "Kleinod" und einem Band. Abgesehen davon, daß der Ausdruck "Kleinod" veraltet ist, steht er in einem merkwürdigen Gegensatz zu S. 6 der Erläuterungen, wonach eine Wehrdienstmedaille in Gold bloß S 26,-- kostet.

Zu § 7:

Die Formulierung "Näheres über ... hat der Bundesminister ... durch Verordnung zu bestimmen" weist auf eine formalgesetzliche Delegation (Art. 18 B-VG) hin.

Zu § 9:

Gegen die Androhung einer Geldstrafe wird kein Einwand erhoben. Hingegen ist die Wendung "im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arrest bis zu zwei Wochen" im Hinblick auf § 16 Abs. 2 VStG überflüssig und wäre zu streichen.

- 3 -

Zu § 10:

Wie dem § 11 zu entnehmen ist, beziehen sich die Verweisungen im § 10 Abs. 5 auf die jeweils geltende Fassung. Demnach sind die Fassungsangaben im § 10 Abs. 5 entbehrlich und somit zu streichen.

Zu § 12:

Mit § 12 Abs. 2 sollen zwei Gesetze derogiert werden und zwar das Bundesgesetz über das Bundesheerdienstzeichen sowie das Bundesgesetz über die Wehrdienststerinnerungsmedaille. Beide Bundesgesetze wären in dieser Reihenfolge mit den jeweiligen Fundstellen (BGBl. Nr. 202/1963 und BGBl. Nr. 203/1963) zu zitieren.

Zum Vorblatt:

Im Zusammenhang mit den Zielsetzungen wird erwähnt, daß diese Materie "einheitlich" neu geregelt werden soll. Diese Aussage ist jedoch insoferne zu relativieren, als etwa das Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975, nicht in die Neuregelung einbezogen wird. Dies wäre zumindest in den Erläuterungen klarzustellen.

Weiters fällt auf, daß die Ausführungen zu den Zielsetzungen und zum Inhalt jeweils nur aus einem einzigen Satz mit zahlreichen Strichpunkten bestehen.

Zu den Erläuterungen:

Der letzte Satz auf S. 3 des Entwurfes der Erläuterungen sollte umformuliert werden, da - wie zu § 3 erwähnt - eine fiktive Gleichsetzung von zwölf Tagen und einem Jahr nicht plausibel ist.

- 4 -

Die finanziellen Auswirkungen (S. 6 der Erläuterungen) sollten nicht dem Besonderen Teil, sondern vielmehr dem Allgemeinen Teil der Erläuterungen zugeordnet werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

5. Jänner 1988
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

